Südschleswigscher Wählerverband

im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Düsternbrooker Weg 70
D - 24105 Kiel
Tel. (0431) 988 13 80
Fax (0431) 988 13 82

SSW-Landtagsvertretung
Norderstr. 74
D – 24939 Flensburg
Tel. (0461) 14 40 83 00
Fax (0461) 14 40 83 05

PRESSEINFORMATION

Kiel, d. 07.05.2003
Es gilt das gesprochene Wort

TOP 3 Gesetz über die Studiengebühren an Hochschulen (Drs. 15/2613)

Anke Spoorendonk: "Die Einführung von Studiengebühren löst nicht die Probleme an den Hochschulen"

Die Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen - um die finanzielle Situation der Hochschulen zu verbessern und um Langzeitstudierenden das Handwerk zu legen - ist kein neuer Gedanke. Und nur weil er wieder einmal von der FDP aus der Schublade gezogen wurde, wird er auch nicht besser.
Zugegeben, wir brauchen eine Reform im Hochschulbereich. Aber die Idee, die die FDP mit ihrem Gesetzentwurf verfolgt, führt nach Auffassung des SSW in die falsche Richtung. Die Einführung von Studiengebühren löst nicht die Probleme an den Hochschulen. Dies hat auch die schriftliche Anhörung im Ausschuss ergeben.

Wer glaubt, dass mit der Einführung von Studiengebühren die finanzielle Situation der Hochschulen verbessert wird, der irrt. Denn angesichts der Haushaltslage des Landes, wird die Versuchung groß sein, den Zuschuss für die Hochschulen zu kürzen - proportional zu den Einnahmen durch die Studiengebühren.
Grundsätzlich möchte ich für den SSW festhalten: Die Finanzierung der Schulen und der Hochschulen ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, aus der wir uns nicht mit der Finanzierung durch Studiengebühren stehlen dürfen.

Die schriftliche Anhörung hat deutlich gemacht, dass die Einführung von Studiengebühren die Zahl der Studierenden erheblich herabsetzen würde. Und es wären insbesondere die sozial Schwächeren, die von solchen Gebühren betroffen wären.
Das Resultat wäre, die Studierenden müssten mehr arbeiten, um sich überhaupt das Studium finanziell leisten zu können. Daraus ergibt sich dann unweigerlich eine Verlängerung der Studienzeit oder es führt sogar zum Abbruch des Studiums.

Das aktuelle Ergebnis einer Studie zur Ursachenanalyse von Studienabbrüchen der Hochschul-Informationssysteme GmbH belegt, dass insbesondere finanzielle Probleme die Hauptursache für einen Studienabbruch in Deutschland sind. Und insgesamt beendet ein knappes Drittel aller Studierenden das Studium ohne Abschluss. Dies ist eine erschreckende Zahl.
Aber auch die berufliche Neuorientierung während des Studiums ist maßgeblich für den Abbruch des Studiums - nach durchschnittlich 7 bis 8 Semestern - verantwortlich.
Daher sehen wir die Notwendigkeit, die Beratungsangebote von Hochschulen und Studentenwerken enger zu vernetzen und insbesondere die Beratung zu Beginn des Studiums zu intensivieren. – Mit anderen Worten: eigentlich müssen bereits an unseren Gymnasien die Studienberatungen intensiviert werden, um diesem Trend entgegen zu wirken.

Wenn wir also im OECD-Vergleich nicht weiterhin hinter unseren europäischen Nachbarn stehen wollen, dann kommen wir nicht drum herum, den Studienstandort Deutschland attraktiver zu gestalten. Und hierzu gehören mit Sicherheit nicht die Studiengebühren.